



Urs P. Gasche / Hanspeter Guggenbühl

Schluss mit dem Wachstumswahn

Plädoyer für eine Umkehr



Schluss mit dem Wachstumswahn

Urs P. Gasche / Hanspeter Guggenbühl

Schluss mit dem Wachstumswahn

Plädoyer für eine Umkehr

Rüegger Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© Rüegger Verlag • Glarus/Chur 2010
www.rueggerverlag.ch
info@rueggerverlag.ch

ISBN: 978-3-7253-0965-8

Gestaltung: Rüegger Verlag Glarus, Barbara Gronemeier

Druck: Südostschweiz Presse und Print AG, Glarus

Bildserie Accra, Ghana ©2010, Pieter Hugo/The New York Times Syndicate

Vorwort

Dreieinhalb Milliarden Menschen in China, Indien und Afrika wollen so leben wie wir. Das ist nur möglich, wenn wir in den Industriestaaten abspecken. Doch mit allen Mitteln will man uns dazu verführen, an Gewicht weiter zuzulegen. Exponenten von Wirtschaft und Politik unternehmen alles, damit unsere Wirtschaft jedes Jahr um mindestens zwei Prozent wächst. Damit müssten wir in 35 Jahren doppelt soviel Geld haben, doppelt so viel konsumieren, doppelt so viel bauen, doppelt so viel fliegen wie heute. Und in 70 Jahren viermal so viel. Ist das möglich? Sicher nicht. Weder für uns, geschweige denn für die Menschen in China, Indien und Afrika, die so leben möchten wie wir.

Unter dem Titel «Das Geschwätz vom Wachstum» veröffentlichten wir vor sechs Jahren unser erstes wachstumskritisches Buch. Wir reagierten damals auf die weit verbreitete Klage über die «Wachstumsschwäche», nachdem die Schweizer Wirtschaft in den 1990er-Jahren weniger stark gewachsen war als in den Jahrzehnten davor. Im damaligen Buch dokumentierten wir, dass Wirtschaftswachstum die Probleme nicht löst, die es vorgibt zu lösen, sondern bestehende Probleme verschärft und neue Probleme schafft: Das allseits geforderte Wachstum beseitigt die Armut nicht, weder bei uns noch in den Entwicklungsländern. Es hilft auch wenig gegen die Arbeitslosigkeit, ist für die Finanzierung der Renten nicht nötig, verschlechtert in den wohlhabenden Staaten die Lebensqualität, zerstört die Natur, und vor allem: Ewiges materielles Wachstum auf einem begrenzten Planeten ist gar nicht möglich.

Unsere Analyse stiess 2004 auf viel Echo. Die ersten beiden Auflagen waren schnell vergriffen. Statt eine dritte Auflage zu drucken, beschlossen wir, ein neues Buch zu schreiben, das sich an der neusten Entwicklung orientiert. Denn inzwischen ist die Lage noch ernster geworden: 2008 platzte die Finanzblase. Die Konjunktur brach 2009 ein. Es wurde offensichtlich, dass unser Wachstum nicht nur auf der Plünderung der Natur basiert, sondern auch auf einer zunehmenden finanziellen Verschuldung.

Doch statt die Probleme zu lösen, die Bankencrash, Staatsverschuldung, Raubbau an der Natur und Arbeitslosigkeit mit sich bringen, setzen Regierungen und Unternehmen erneut auf Wachstum und trösten, alle Probleme würden gelöst, wenn die Wirtschaft wieder wächst. Dieses Mal nehmen Regierungen und Parlamente noch krassere marktwirtschaftliche und ordnungspolitische Sündenfälle in Kauf: Sie sozia-

lisieren die Risiken und Verluste der Banken, beuten die endlichen Naturschätze noch schneller aus, kurbeln die Konjunktur mit Steuergeschenken, Subventionen sowie zusätzlicher Verschuldung in Billionenhöhe an und verzerren so den Wettbewerb. Damit spitzt sich die Lage zu: Wird die Wachstumspolitik mit zusätzlichen Schulden fortgesetzt, droht ein Kollaps des Kapitalmarkts. Wird das Wachstum dagegen mit Sparprogrammen und Schuldentrückzahlungen gestoppt, setzt sich im heutigen System die Wirtschaftskrise fort.

Eine Neuorientierung drängt sich auf. Dieses Plädoyer liefert nicht nur eine Analyse der aktuellen Situation, sondern zeigt, wie wir uns schrittweise aus der Wachstums- und Schuldenfalle befreien können.

September 2010

Urs P. Gasche und Hanspeter Guggenbühl

Besonders für

Alban, Alexander, Alice, Andreas, Anouk, Barbara, Benjamin, Camil, Claudia, Cornelia, Daniel, Darius, Eliah, Esther, Florian, Gabriel, Gian-Ulice, Jonas, Karen, Karin, Kaspar, Laura, Martina, Mia, Natalie, Nina, Norina, Patrick, Pierre-Angelo, Rafael, Rahel, Roman, Sophie, Tamara, Thomas, Roman, Vanessa, Zeno

(alle zwischen 15 und 35 Jahre alt)

Inhaltsverzeichnis

1. Das Wachstum basiert auf Pump	9
2. Die Natur wird geplündert	23
3. Reiche werden reicher	35
4. Kaufbefehle für Konsumenten	41
5. Weniger Arbeit dank Produktivität	47
6. Einwände und Gegenargumente	55
7. Die Alternativen	77
7.1 Eine ökologische Steuerreform einleiten	77
7.2 Wachstumsfördernde Subventionen abbauen	82
7.3 Anreize für kürzere Arbeitszeiten schaffen	87
7.4 Den Kapitalmarkt regulieren	92
7.5 Erbschaften besteuern, um Renten zu sichern	98
7.6 Das Wachstum der Bevölkerung stoppen	102
8. Im Namen des Wachstums	110
9. Anhang mit Vertiefungen	113
Empfohlene Bücher und Internetseiten	133



David Akore, mitten im Müll der Industriestaaten, Accra, Ghana 2010

1. Das Wachstum basiert auf Pump

Die Lobby des Luftverkehrs ist schockiert: Die britische Koalitionsregierung unter Premierminister David Cameron hat den Bau neuer Flugpisten im Raum London verboten. Das Land könne sich nicht auf Klima-Ziele verpflichten und gleichzeitig das «Party-Fliegen» fördern. Wochenendflüge an spanische Strände oder Studentenreisen nach Prag oder Reykjavik rechtfertigten weder die zusätzliche Klimabelastung noch den zusätzlichen Lärm.

Das Bauverbot für neue Pisten gilt sowohl für die internationale Drehscheibe von Heathrow, dessen Ausbau seit Jahren umstritten ist, als auch für Londons Flughäfen Gatwick und Stansted. «Grossbritannien ist das erste Land, das den Flugverkehr wegen der Klimabelastung einschränkt», weiss Peder Jensen, Verkehrsspezialist bei der Europäischen Umweltagentur in Kopenhagen. Jensen weist darauf hin, dass eine neue Piste die notorischen Engpässe nur kurzfristig entlasten würde: «Wie bei den Strassen führt ein Ausbau der Kapazitäten zu mehr Verkehr, bis die Engpässe wieder da sind.»

Die Verteidiger von Lebensqualität und Umwelt freuen sich. «Es war ein Lackmustest für Politiker, ob sie die erklärten Klimaziele ernst nehmen», sagt Ben Stewart von Greenpeace. Im Fall des Londoner Luftverkehrs müssen die Argumente «Wachstum», «Arbeitsplätze» und «Standortwettbewerb» weichen zugunsten des Umweltschutzes und der Lebensqualität. Das ist ebenso einmalig wie revolutionär. Denn bisher hatten Kapazitätsausbau, Interessen der Wirtschaft und Wirtschaftswachstum stets Vorrang. Wer dem Dogma des Wirtschaftswachstums nicht folgt, ob in London oder Zürich, wird vom Wirtschaftsblatt «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ) als «ökologischer Bedenkenträger» abgekanzelt. Camerons Entscheid räumt der Ökologie für einmal Vorrang ein gegenüber den Wirtschaftsinteressen. Deshalb haben ihn die Medien kaum beachtet.

«Growth, growth, growth – Wachstum über alles» war überall die wenig hinterfragte Devise. Das galt auch für die Finanzwirtschaft. Zum Beispiel für UBS-Banker: «Wir haben uns in der Verwaltung von Vermögen von vier Millionen Franken pro Berater auf 17 Millionen gesteigert. Wir müssen mit unseren Ambitionen Schritt halten und gehen auf 60 Millionen pro Berater hoch!» So lautete die Vorgabe von UBS-Chef Martin Liechti an seine Verkäufer, genannt Anlageberater.

Glücksritter und Spekulanten bliesen den Finanzballon immer stärker auf. Die wirtschaftlichen und politischen Exponenten schauten mit Scheuklappen zu – bis der

Ballon platzte. Die «Verwerfungen» an den Kreditmärkten habe man «nicht vorhersehen» können, entschuldigt sich die UBS noch heute treuherzig. Der Crash wird als höhere Gewalt dargestellt. Doch selbst beim Vulkan Eyjafjalla war der Ausbruch vorhersehbar, nur nicht der genaue Zeitpunkt.

Als «monetäre Miesmacher» galten in den letzten Jahrzehnten jene Warner, die sich kritisch zur Finanzspekulation äusserten. Einzelne vorausschauende Banken oder Vermögensverwaltungen, die kein Geld in die Gewinn versprechenden, riskanten Finanzkonstrukte anlegten, gingen im Medien-Mainstream unter.

Verschuldung sprengt Grenzen

Den Kollaps des internationalen Banken- und Versicherungssystems (und als Folge davon eine Massenarbeitslosigkeit wie nach 1929) konnten die Staaten kurzfristig nur verhindern, indem sie eine marktwirtschaftliche Todsünde begingen: Sie deckten Verluste der Banken, übernahmen Junkpapiere und garantierten die Zahlungsfähigkeit mit milliardenteuren Stützen. Mit weiteren Subventions-Milliarden kurbelten die Regierungen die Konjunktur an und schraubten damit ihren Risikoeinsatz in Form von zusätzlichen Schulden in schwindelerregende Höhen hinauf:

Allein im Krisenjahr 2009 verschuldeten sich die Staaten der Europäischen Union (EU) mit zusätzlichen 800 Milliarden Euro. Die Gesamtschuld in der EU erreichte Ende 2009 die kaum vorstellbare Summe von 8,7 Billionen Euro. Das entspricht 74 Prozent der Summe aller Bruttoinlandprodukte (BIP) der EU. Anders ausgedrückt: Die Europäer müssten neun Monate ohne Einkommen arbeiten, um die Schulden abzutragen.

Noch stärker verschuldeten sich die beiden grossen Wirtschaftsnationen ausserhalb Europas: Die Staatsschuld von Schuldenweltmeister Japan summierte sich im Jahr 2009 auf 190 Prozent des BIP. Das heisst: Die japanische Volkswirtschaft müsste 1,9 Jahre lang arbeiten und alles dabei Erarbeitete verwenden, um seine staatlichen Schulden zu tilgen. Mit 83 BIP-Prozent war die Verschuldung der USA relativ zwar kleiner als in Japan, Italien und Griechenland, absolut aber am höchsten. Denn die Bruttoschulden der USA erreichten Ende 2009 unvorstellbare 12 Billionen (also 12000 Milliarden) Dollar. Das sind umgerechnet 8,2 Billionen Euro oder mehr als die Schulden aller europäischen Staaten zusammen (*siehe Seite 11 Tabelle: «Staats-Schulden in ausgewählten Staaten»*).

Staats-Schulden in ausgewählten Staaten

Stand 2009, brutto¹, alles umgerechnet in Euro und gerundet
(1 Euro entsprach Ende 2009 1,46 Dollar und 1,5 Schweizer Franken).

Staaten	Neuverschuldung 2009 in Euro	Gesamtschuld 2009 in Euro	Gesamtschuld 2009 in % BIP
EU total	802 Mrd.	8690 Mrd.	74 %
Deutschland	79 Mrd.	1760 Mrd.	73 %
Frankreich	145 Mrd.	1490 Mrd.	78 %
Italien	81 Mrd.	1760 Mrd.	116 %
Österreich	10 Mrd.	184 Mrd.	66 %
Grossbritannien	178 Mrd.	850 Mrd.	68 %
Irland	23 Mrd.	105 Mrd.	64 %
Spanien	118 Mrd.	560 Mrd.	53 %
Belgien	20 Mrd.	330 Mrd.	97 %
Niederlande	30 Mrd.	347 Mrd.	61 %
Portugal	15 Mrd.	126 Mrd.	77 %
Griechenland	32 Mrd.	273 Mrd.	115 %
USA	1000 Mrd.	8220 Mrd.	83 %
Japan	330 Mrd.	6600 Mrd.	190 %
Schweiz	- 8 Mrd.	140 Mrd.	39 %

Quellen: IWF/Eurostat/Seco/Umrechnung durch die Autoren.

1 Bei diesen Zahlen handelt es sich um die von offiziellen Statistiken ausgewiesenen Bruttoschulden, also ohne Abzug von (schwer bezifferbaren) staatlichen Vermögenswerten. Laut inoffiziellen Schätzungen dürften die Nettoschulden im Durchschnitt um 20 bis 40 Prozent tiefer ausfallen als die Bruttoschulden, wobei die Schätzungen je nach Land stark auseinander gehen.

Auch nach dem Krisenjahr 2009 lassen die USA ihre Schulden ungebremst anschwellen. Die Gesamtschuld der grössten Volkswirtschaft der Welt dürfte Ende 2011 auf 15 Billionen Dollar oder hundert Prozent des Bruttoinlandprodukts wachsen. «Langfristig», so warnen die US-Staatsbuchhalter in ihrem jüngsten Bericht, «ist diese Finanzpolitik nicht durchhaltbar und bedroht den künftigen Wohlstand».

Die Schweiz steht gemessen an den übrigen hoch verschuldeten Industriestaaten relativ komfortabel da: Ende 2009 summierten sich die Schulden von Bund, Kantonen

und Gemeinden auf rund 210 Milliarden Franken (140 Mrd. Euro) oder 39 Prozent des Schweizer BIP.

All diese Zahlen erfassen allein die Verschuldung des Staates, also von Bund, Ländern (Kantonen) und Kommunen (Gemeinden). Nicht dabei sind die Schulden von gesetzlichen Sozialversicherungen, insbesondere nicht gesicherte Verpflichtungen der Altersvorsorge. Diese «versteckte Staatsverschuldung» sei international häufig noch grösser als die direkten Staatsschulden, schätzt Walter Wittmann, emeritierter Wirtschaftsprofessor an der Universität Fribourg, in seinem neusten Buch «Staatsbankrott». Ebenfalls ausgeklammert sind die Schulden von Privatpersonen, etwa in Form von Hypotheken oder Kleinkrediten, sowie die Schulden von Unternehmen.

Den wachsenden Schulden der Staaten stehen zwar noch grössere Privatvermögen gegenüber. Doch diese ebenfalls wachsenden Vermögen sind, wie wir später zeigen werden, höchst ungleich verteilt (*siehe Seite 35: «Reiche werden reicher»*).

Wenn der Staat heute die Wirtschaft mit zusätzlichen Schulden ankurbelt, ermöglicht er ein vorgezogenes Wachstum auf Kosten späterer Generationen. Also Wachstum auf Pump: «Es kann doch niemandem entgangen sein, dass ein erheblicher Teil des Wirtschaftswachstums der vergangenen Jahrzehnte nur eine Art Scheinblüte war, die erst durch die finanzkapitalistische Verschuldungsorgie möglich wurde», konstatierte der deutsche Volkswirtschaftsprofessor Karl Georg Zinn im Juli 2009. Mit andern Worten: Ohne die massive Verschuldung wäre das Wirtschaftswachstum in den westlichen Industriestaaten schon früher gebremst worden oder vielerorts ganz zum Erliegen gekommen.

Doch das Wachstum durch Verschuldung stösst an seine Grenzen. Griechenland ist das erste Opfer dieser Schuldenwirtschaft. Sogar der Finanzhafen in New York sei nur noch so sicher wie früher der amerikanische Hafen-Stützpunkt von Pearl Harbor, spottet Professor Niall Ferguson, Wirtschaftshistoriker an der Harvard Universität. Das heisst, dass selbst der Dollar vor einem überraschenden Angriff der Finanzmärkte nicht gefeit ist.

Es ist wohl das letzte Mal, dass man eine grosse Depression verhindern konnte, indem man mit einer Billionenspritze die Wirtschaft stützte und damit den Konsum in Gang hielt. Die Finanzkrise hinterlässt eine derartig astronomische Schuldenlast, dass zusätzliche Schulden zum ersten Mal zu riskant sind, um den «Wachstumsmotor anzukurbeln».

Das keynesianische Rezept, wonach der Staat in schlechten Zeiten den Konsum und damit die Wirtschaft mit Geldspritzen stützen muss, hat ausgedient, weil es die meisten Staaten in guten Jahren nicht befolgt haben. Denn in guten Jahren wurde das Geld für schlechte Zeiten nicht gespart. Heute sind die Kassen leer. Von der Theorie des Ökonomen John Maynard Keynes haben die meisten Staaten nur die eine Hälfte befolgt.

Doppelte Absturzgefahr

Die Regierungen balancieren heute auf einem schmalen Grat. Links besteht Absturzgefahr, weil die Schuldenlast drückt. Rechts droht das Wachstum der Wirtschaft abzustürzen. Um die Schulden abzubauen, wäre ein drastischer Sparkurs mit höheren Steuern, steigenden Zinsen und einem Abbau von Subventionen angezeigt. Doch dieser Kurs bremst oder stoppt das Wachstum. Und niemand will wahrhaben, dass das Rezept Wachstum als Mittel des Krisenmanagements in die Mottenkiste des letzten Jahrhunderts gehört. Denn es funktioniert schon seit zwanzig Jahren nicht mehr.

Der kritische Volkswirtschaftler Karl Georg Zinn bringt diese «triviale Feststellung» auf den Punkt: «Unbegrenzttes Wirtschaftswachstum ist unmöglich. Dennoch steht Wachstum nach wie vor auf der wirtschaftspolitischen Agenda aller Regierungen.»

Bei früheren Krisen hatten die Regierungen, Notenbanken und der Weltwährungsfonds jeweils den Sozialhahn zugekehrt und dafür «freundliche Rahmenbedingungen» für die Wirtschaft geschaffen. Sie hofften, dank Steuergeschenken würden die Unternehmen mehr investieren, die Konsumenten mehr Geld ausgeben, und die verlorenen Steuer-gelder liessen sich mit dem so ausgelösten Boom wieder hereinspielen.

Dieser Glaube «zeugt von einer gewissen realökonomischen Naivität», erkannte Ende 2009 selbst die «NZZ». Denn statt zu investieren haben viele Konzerne eigene Aktien aufgekauft, steuerfreie Kapitalgewinne eingestrichen und Arbeitsplätze wegrationalisiert. Deshalb haben, wie wir an anderer Stelle noch im Detail zeigen werden, die Gewinne sowie die Einkommen aus Vermögen in den letzten Jahren und Jahrzehnten viel stärker zugenommen als die Summe aller Löhne.

Die Hoffnung, die Verschuldung lasse sich durch Mehreinnahmen aus künftigem Wachstum wieder abbauen, hat sich mal für mal als trügerisch erwiesen. In den westlichen Industriestaaten erhöhte sich der Schuldenberg im letzten Jahrzehnt stetig, mehrheitlich sogar stärker als das Bruttoinlandprodukt. Trotzdem greifen Politik und